

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Caril. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 124

Februar 179

Wildbad, Mittwoch, den 1. Juni 1921

Februar 179.

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Der Reichstag nahm am Dienstag seine Beratungen wieder auf.

Der Wiederherstellungskommission sind bisher 200 Millionen Goldmark ausbezahlt worden.

Der bayerische Ministerpräsident Kahr gab im Staatshaushaltsanschluß eine Erklärung ab, daß die Regierung bezüglich der Entlastung das Mögliche tun werde. Die bayerische Regierung hält aber an der Auffassung fest, daß die Einwohnerwehren nicht gegen den Friedensvertrag verstoßen.

In Oberschlesien treten selbst Kommunisten in den Selbstschutz ein. Kattowitz ist ohne Wasser.

Die französische Regierung hat sich gegen den Zutritt von Sachverständigen in Oppeln ausgesprochen.

Briand erklärte im Senat, die augenblickliche deutsche Regierung habe alle Forderungen erfüllt. Die Regierung sei aber schwach und könne gestürzt werden.

Der englische Generalsstaatsanwalt erkennt die Unparteilichkeit des Leipziger Gerichtshofs im Gegensatz zur englischen Presse an.

Holland und Südafrika.

Bekanntlich gibt es in Südafrika eine nach Millionen zählende Holländisch sprechende Bevölkerung, deren Stammesbewußtsein kräftig im Wachen begriffen ist, die eine starke politische Gliederung und energiegelade und zielbewusste Führer wie den früheren Burengeneral Herzog besitzt. Sie will auf keinen Fall im britischen Weltreich aufgehen, sondern es schwört ihr das Ideal eines völlig selbständigen, auf das holländische Element gestellten südafrikanischen Staatswesens vor, während natürlich England Südafrika dauernd politisch und wirtschaftlich für seine eigenen Zwecke ausbeuten möchte. Bei diesem Nationalitätsstreit sind die Augen vieler Südafrikaner auf das holländische Mutterland gerichtet, von dem sie kulturelle und finanzielle Unterstützung erwarten. Andererseits sind auch in Holland nicht unbeträchtliche Kräfte am Werk, die, ausgehend von dem groß-niederländischen Gedanken, die Südafrikaner unterstützen sollen. Der Krieg mit seiner Entfesselung der nationalen Leidenschaften hat auch das Zusammengehörigkeitsgefühl und das nationale Selbstbewußtsein vieler Kreise des holländischen Volks gestärkt und dazu geführt, daß der Kampf der Flamen um kulturelle und sprachliche Selbstbestimmung und der ähnliche Kampf der Südafrikaner mit erhöhter Aufmerksamkeit von Holland aus verfolgt wird, nicht ohne die Berechnung, daß die Geltung Hollands in der Welt durch einen erfolgreichen Kampf der flämischen und südafrikanischen Stammesgenossen gewinnen muß. Eine der Hauptfragen der holländischen Südafrikaner ist die völlige wirtschaftliche Abhängigkeit ihres Landes von England und seine Ausbeutung durch dieses. Nach dem Wegfall der deutschen Schiffsahrtlinien haben die englischen das Monopol in Südafrika. Das soll nun anders werden.

Schon vor einiger Zeit wurde die „Holland-Südafrika-Linie“ gegründet, die einen regelmäßigen Dienst zwischen deutschen, holländischen und südafrikanischen Häfen unterhalten will. Soeben hat die holländische Zweite Kammer mit 51 gegen 25 Stimmen einen Gesetzentwurf angenommen, durch den die neue Schiffsahrtlinie eine Regierungsunterstützung von einer Million Gulden jährlich auf fünf Jahre, im ganzen also fünf Millionen Gulden erhält. Die niederländische Regierung stellt also Staatsmittel zur Verfügung, um einer holländischen Schiffsahrtsgesellschaft den Wettbewerb gegen englische Gesellschaften zu ermöglichen oder zu erleichtern. Und diese Hilfe wird in Südafrika als eine Unterstützung der dortigen Burenbevölkerung in ihrem Nationalitätskampf gegen die Anglisierung aufgefaßt und, wie Nachrichten aus Südafrika deutlich zeigen, auch festlich gefeiert. Die politische Seite der Angelegenheit ist ohne weiteres klar und macht sie höchst interessant. Man wird die Frage im Auge behalten müssen und vor allem darauf zu achten haben, wie sie sich im Verhältnis zwischen Holland und England auswirkt, oder wie von englischer Seite darauf geantwortet werden wird. Bereits hat man von einer beträchtlichen Verminderung der Frachttarife der betroffenen

englischen Gesellschaften gehört, mit der ausdrücklicher Begründung, man wolle den Wettbewerb der Holländer damit bekämpfen. Vom deutschen Standpunkt aus wäre zu bemerken, daß die Holland-Südafrika-Linie auch hauptsächlich den Verkehr zwischen Deutschland und Südafrika vermitteln will, und daß man in Südafrika die deutschen Erzeugnisse auch heute noch schätzt. Dadurch erhält die Frage für Deutschland Bedeutung.

Vorschläge zur Deckung des Ultimatums.

Ueber die Vorschläge, die im Reichskabinett zur Aufbringung der durch das Ultimatum auferlegten Zahlungsverpflichtungen beraten werden, bringen Berliner Blätter verschiedene Berichte. Nach der „Bois. Zig.“ sind zwei Pläne vorgelegt worden, auf Grund deren die festen Jahreszahlungen von zwei Milliarden Goldmark ermöglicht werden sollen. Nach dem einen sollen die neuen Lasten durch eine 20prozentige Besteuerung auf allen Besitz aufgebracht werden, die gewissermaßen als zweite große Vermögensabgabe, durch eine Hypothek auf allen Besitz in Deutschland gelegt und — wenn möglich — verzinst und heimbezahlt würde. Der andere Vorschlag sieht die Einführung neuer Steuern und Monopole vor. So ist dabei an eine Erhöhung des Kohlenpreises bzw. ein Verkaufsmonopol des Reichs gedacht; ferner kommt ein Zuckerraffinerie-Monopol, ein Süßstoffmonopol, eine Verschärfung des Branntweinmonopols in Betracht. Die Körperschaftsteuern sollen beträchtlich erhöht, die Umsatzsteuer womöglich verdoppelt werden. Aus der verschärften Ueberwachung und Durchführung der Steuerveranlagung glaubt man wesentlich höhere Erträge erzielen zu können.

Die „Deutsche Tagesztg.“ veröffentlicht ferner einen ihr zugegangenen Vorschlag, den der Reichswirtschaftsminister Schmidt (Soz.) dem Kabinett vorgelegt haben soll und der im wesentlichen folgende Forderungen enthält:

1. Bei dem Eintritt in die Substanz des deutschen Vermögens sollen in erster Linie die sogenannten Sachrechte, die angeblich von der Entwertung des deutschen Geldes nicht getroffen worden sind, herangezogen werden; nämlich der ländliche und städtische Grundbesitz, sowie die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen aller Art. Zugunsten des Wiederherstellungsfonds sollen 20 Prozent dieser Besitzgattungen enteignet werden.

2. Bei dem ländlichen Grundbesitz ist die Enteignung auf folgende Weise gedacht: Zugrundegelegt wird der Friedensfußwert. Dieser wird zum Kurs von 1 Goldmark = 15 Papiermark in Papiermark umgerechnet. Aus dem sich so ergebenden Papierwert des ländlichen Grundbesitzes wird eine Zuschlaghypothek von 20 Prozent mit allen Belastungen eingetragen.

3. Für den städtischen Grundbesitz wird die Enteignung auf demselben Weg vorgenommen. Es ist vorgesehen, daß zu den bestehenden Mieten ein Zuschlag von 300 Prozent der Friedensmieten mit der anschließenden Bestimmung der Verzinsung der zugunsten des Wiederherstellungsfonds eingetragenen Zuschlaghypothek tritt.

4. Bei den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen einschließlich der Banken soll an Stelle der hypothekarischen Zuschläge eine Zwangsbeitragsleistung für den Wiederherstellungsfonds in Höhe von 20 Prozent fest an dem in dem betreffenden Unternehmen angelegten Kapital treten. Bei künftigen Kapitalerhöhungen ist der Anteil des Wiederherstellungsfonds entsprechend mitzuerhöhen.

5. Durch neue Steuern und Ausgaben soll der Inlandsverbrauch für den lebensnotwendigen Bedarf eingeschränkt werden, um auf diese Weise die Einstellung der Produktionsstätten für die Ausfuhr zu erzwingen. Gleichzeitig sollten die Reichszuschüsse zur Verbilligung der Lebensmittel in Wegfall kommen. Die Lebensmittelpreise sollen den Weltmarktpreisen angepasst werden. Unter den neuen Steuern befindet sich auch eine Erhöhung der Kohlensteuer in einem Ausmaß, daß der inländische Preis der Kohle unter Berücksichtigung der Zollentwertung dem Weltmarktpreis angepasst wird. Die Zuschüsse zu den Verkehrsverwaltungen (Post und Eisenbahn) sollen durch eine weitere erhebliche Steigerung der Tarife in Wegfall gebracht werden.

6. Da der Betrag der neu geplanten Steuern zugleich des Ansertrags der Zwangshypotheken bei dem ländlichen und städtischen Grundbesitz und bei dem Betrag der 20prozentigen Gewinnbeiträge an den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen auch nach der Kenntnis des Reichskabinetts jedenfalls für Jahre hinaus nicht ausreicht, um die uns auferlegten Jahreszahlungen an den Verband zu leisten, ist eine schrittweise Veräußerung der landwirtschaftlichen und städtischen Hypotheken, sowie der industriellen Unternehmungen an das Ausland vorgesehen.

Briand im Senat.

Paris, 31. Mai.

Au der aestriaca Sitzung des Senats wurde über den

Voranschlag der von Deutschland zurückzustellenden Ausgaben beraten. Berichterstatter Chéron sagte, die Wiederherstellungskommission habe so entschieden, daß Frankreich einen Teil seiner Forderungen aufgegeben habe. Diese Entscheidung könne man nicht ohne Erregung hinnehmen.

Ministerpräsident Briand erklärte, Frankreich, das so praktisch und voll von gesundem Menschenverstand sei, habe sich gesagt, Deutschland werde zahlen, Deutschland müsse zahlen. Aber inzwischen müsse man nur auf sich selbst und auf die Geltung des Sieges zählen. Das Volk wolle vom Feind so viel wie möglich verlangen, aber die Ereignisse zwängen doch traurige Ausblicke auf. Deutschland sei für verantwortlich (Kriegsschuldig, D. Schr.) erklärt worden. Es müsse alles zahlen, auch die Schäden der Privatpersonen. Aber hier komme dann eine Bestimmung des Vertrags in Betracht, wonach die Forderung nicht die deutsche Zahlungsfähigkeit übersteigen dürfe. Zwei Jahre lang habe die Wiederherstellungskommission schlecht gearbeitet, weil die Vertreter untereinander nicht einig gewesen seien. Man habe den Vertrag für unausführbar gehalten. Selbst Amerika habe gefordert, man könne Deutschland nicht so große Lasten aufbürden. Ueber die Haltung der französischen Vertreter in London sagte Briand, er erkenne an, daß er sein Versprechen nicht gehalten habe. Aber er habe geglaubt, es liege im Interesse des Landes, sich nicht den Bemühungen der Belgier zu entziehen, die vermitteln wollten. Die Oberste Rat habe Deutschland eine Frist von acht Tagen gegeben. England habe sich geweigert, Zwangsmaßnahmen ins Auge zu fassen. Frankreich sei mit Mäßigung vorgegangen trotz der Macht, über die es verfüge. Man müsse Mäßigkeit haben, aber man müsse nicht grundsätzlich mißtrauisch bleiben. Der Friedensvertrag macht Deutschland zu einem gemeinschaftlichen Feind der Verbündeten. Wenn Frankreich das Ruhrgebiet allein besetzt hätte, dann hätte das eine schwere Last werden können. Aber wenn man Frankreich gesagt hätte, daß man durch die Besetzung des Ruhrgebiets bezahlt werden würde, so wäre Frankreich darauf eingegangen. Mit den Verbündeten zusammen hätte man im Ruhrgebiet Einnahmen erzielen können. Die augenblickliche Regierung Deutschlands habe alle ihre Verpflichtungen erfüllt. Die Entwaftung sei auf gutem Weg. Es sei von großer Bedeutung für Frankreich, das Bündnis aufrecht zu erhalten, und es sei von Wert, angesichts des guten Willens Deutschlands Mäßigung zu zeigen. Die Organisationen in Bayern müßten aufgelöst werden. In der Frage der Sicherheit könne man nicht nachgeben.

Neues vom Tage.

Die Lage in Oberschlesien.

Berlin, 31. Mai. Wie die Blätter mitteilen, ist die Stadt Kattowitz erneut ohne Wasser. Die Polen haben gestern wiederum die Wasserleitung unterbrochen. Wegen der Erschießung von polnischen Spaziergänger durch Polen in den Außenbezirken von Kattowitz kam es in der Stadt zu großen Kundgebungen der deutschgeimmten Bevölkerung, in deren Verlauf englischen und italienischen Offizieren begeisterte Huldigungen dargebracht wurden.

Der Verteilungsplan Sforzas.

Rom, 31. Mai. Die „Tribuna“ schreibt, der Verteilungsvorschlag des Außenministers Grazioli Sforza gehe darauf hinaus, daß die Polen nicht nur die Krake Plech und Rybnik, sondern auch Kattowitz und ferner nach Wahl einen kleineren Teil der Krake Gleiwitz und Deutichen mit der ganzen Bahn nach Polen oder den größeren Teil dieser Kreise ohne die ganze Bahn bekommen sollen.

Beratungen in Berlin.

Berlin, 31. Mai. Die heutige Kabinettsitzung beschäftigte sich mit der bevorstehenden Regierungserklärung. Vom Reichsanwalt- und Wirtschaftsministerium waren Vorschläge ausgearbeitet worden, die in Vorbesprechungen beraten und ergänzt worden sind. Die Entscheidung des Kabinetts über die einzelnen Fragen ist in Kürze zu erwarten.

Heute fand eine Sitzung der Finanzminister der einzelnen Länder unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers statt.

Die Gesandten der deutschen Friedensabordnung in Paris werden vom 1. Juni ab von der Botschaft übernommen.

Wieder 50 Millionen Goldmark.

Berlin, 31. Mai. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Der Wiederherstellungskommission sind heute in Paris weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen als zweite Anzahlung auf die eine Milliarde Goldmark angeboten worden, sodas also jetzt insgesamt 200 Millionen Goldmark angezahlt sind.

Erklärung Nahr's zur Entwaffnung.

München, 31. Mai. In der Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident v. Nahr über die Entwaffnung der Einwohnerwehr folgende Erklärung ab: Die bayerische Staatsregierung ist in Uebereinkimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Ultimatus in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das Mögliche zu tun, wobei die Termine unlichst eingehalten werden. Zagegen hat sie sich nicht entschließen können, ihre bisherige Auffassung, das die Einwohnerwehr nicht unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags und nicht in das Gesetz vom 22. März 1921 falle, aufzugeben. Die Reichsregierung wurde gebeten, diese Auffassung den verbündeten Mächten mitzuteilen und nach Möglichkeit zu vertreten. Die Reichsregierung hat sich dazu bereit erklärt. Je nach der Stellungnahme des Verbands wird die Reichsregierung die weiteren Entscheidungen von sich aus treffen, wobei eine loyale Stellungnahme der Staatsregierung selbstverständlich ist.

Der Dritte.

Leipzig, 31. Mai. Heute vormittag hat der dritte Kriegsbeschuldigten-Prozess unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt begonnen. Zu verantworten hat sich der Arbeiter Robert Neumann aus Güstrow wegen Mißhandlung und Verleumdung englischer Gefangener im Lager Pommerensdorf (Pommern). Neben den englischen Persönlichkeiten wohnen im Auftrag der französischen Regierung zwei französische Advokaten und ein französischer Dolmetscher der Verhandlung bei.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 31. Mai. Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, v. Stark, hat bei der Reichsregierung sein Entlassungsgesuch eingereicht. — Stark war der Völkerbundskommission von Anfang an nicht genehm.

Quisburg, 31. Mai. Rechtsanwalt Priem wurde mit 1 Monat Gefängnis, 10.000 Mark Geldstrafe und Ausweisung bestraft, weil er sich eine „Verleumdung“ gegen einen Vertreter der Besatzungsbehörde habe zuschulden kommen lassen.

Nachprüfung deutscher Gerichtsurteile.

London, 31. Mai. Im Unterhaus erklärte der Attorney-General (Anwalt) Gordonewart, es liege kein Grund vor, daran zu zweifeln, das nach Abschluß der gegenwärtigen Reihe der Kriegsbeschuldigten-Prozesse alle erhebliche Fragen einschließlich der gefällten Urteile von den in Betracht kommenden Mächten geprüft werden würden. Vor Eintreffen eines vollständigen Berichts könne er nicht sagen, ob dem Parlament Gelegenheit gegeben würde, über die gefällten Urteile zu verhandeln.

Während ein Teil der englischen Presse, so „Daily Mail“ und „Daily News“, erneut äußerst scharfe Kritik an den in Leipzig verhängten Strafen ausübt, hebt der aus Leipzig zurückgekehrte Generalkonsul Polod die Unparteilichkeit des Gerichtshofs hervor. Er erklärte, er betrachte die moralische Wirkung der Leipziger Prozesse als äußerst günstig und betonte das Entgegenkommen, das er und die anderen britischen Beamten von den deutschen Behörden erfahren haben.

Das Abstimmungsresultat in Salzburg.

Salzburg, 31. Mai. Bei der Abstimmung in Salzburg wurden 104.000 Stimmen abgegeben, von denen 103.000 auf Ja, 800 auf Nein lauten und 200 ungültig sind. Die Wahlbeteiligung übersteigt 90 Prozent.

Wien, 31. Mai. Die Bundesregierung hofft, das die

Abstimmung in Salzburg sowohl für den Bundesstaat Oesterreich als auch für das Kabinett Mayr keine nachteiligen Folgen haben werde, da die Verbandsvertreter sich in Salzburg persönlich davon überzeugt haben, das die Bundesregierung alles getan habe, um eine amtliche Beteiligung an der Abstimmung zu verhindern. Diese habe daher rein privaten Charakter. Für Oesterreich hänge alles davon ab, wie sich der österreichische Landtag in der heute stattfindenden entscheidenden Sitzung zur Abstimmungsfrage verhalten wird.

Die Hilfeleistung für Oesterreich.

London, 31. Mai. (Reuter.) Der Finanzanschuß des Völkerbunds hat seine Untersuchungen über die finanzielle Wiederaufrichtung Oesterreichs abgeschlossen. Als Grundbedingungen erachtet er Reform der Währung durch eine unabhängige Notenbank, möglichst baldige Herstellung des Gleichgewichts des Staatshaushalts, möglichst baldige Flüssigmachung einer inneren Anleihe in beträchtlicher Höhe. Die Bank hätte den Wechselkurs der Krone zu stützen und eine Reform vorzubereiten, die die gegenwärtigen Noten durch eine neue Währung (Franken) mit feststehender Valuta ersetzt. Die gebotenen Sicherheiten werden als ausreichend erachtet. Bezüglich der vorläufigen Vorschläge an Oesterreich für die Uebergangszeit hat der Ausschuss Zusicherungen erhalten, das solche Vorschläge in kurzem unter der Bedingung verfügbar seien, das die österreichische Regierung ihr finanzielles Reformprogramm durchführe. Mit der Ausgabe der vorgesehenen Regierungsanleihen an Oesterreich, die zeitweilig aufgehoben waren, könne begonnen werden.

Verhinderung der Konferenz?

Paris, 31. Mai. Dem „Matin“ zufolge wird Briand auf die englische Note antworten, der Zusammentritt des Sachverständigen-Ausschusses in Opatowitz erweise nicht ratsam, (1) da man diesen Ausschuss den Leidenschaften entziehen müsse, die sich innerhalb der Verbandskommission in Opatowitz geltend gemacht haben. Briand werde wiederholt gemeinsame Schritte in Berlin und Warschau, bei Korantny und bei General Höfer im Sinne der „Beruhigung“ vorschlagen.

„Daily Mail“ behauptet, die englische Regierung habe dem Vorschlag Briands, einen Sachverständigen-Ausschuß für Oberschlesien einzusetzen, noch nicht zugestimmt. Jedenfalls wünscht, wie Havas berichtet, die englische Regierung, das die „Sachverständigen“ in Oberschlesien, nicht in Paris arbeiten, auch sollen sie vom Obersten Rat selbst ernannt werden.

„Daily Telegraph“ zufolge hat die britische Regierung vorgeschlagen, entweder am 31. Mai oder 1. Juni in Boulogne eine Vorkonferenz zwischen den ersten Ministern Englands und Frankreichs und dem italienischen Botschafter in Paris abzuhalten, um Einzelheiten des Sachverständigen-Ausschusses zu regeln, dessen Bericht innerhalb einer Woche bzw. 10 Tagen nach der Einsetzung des Ausschusses einer Vollziehung des Obersten Rats unterbreitet werden könnte.

Paris, 31. Mai. Wie die Agence Havas meldet, wird sich die Wiederherstellungskommission in ihrer morgigen Sitzung mit dem Verkauf des deutschen Eigentums in der Tschechoslowakei, sowie mit der Berechnung der deutschen Schiffe, die auf Grund des Friedensvertrags ausgeliefert sind, befassen.

Die drohende Besetzung.

London, 31. Mai. Die „Morning Post“ meldet, die englische Regierung habe schon früher zugestimmt, das die Bereitschaft zur Besetzung des Ruhrgebiets bis 1. August d. J. aufrechterhalten werde.

Hill in Europa.

Paris, 31. Mai. Der Geschäftsträger der Verbände für Berlin, David Hayne Hill, ist nach der „Chicago Tribune“ mit seiner Gattin in Paris angekommen.

Vergessene Antwort.

Berlin, 31. Mai. Die Reichsregierung hat am 20. Mai an den Verband eine Note gerichtet, in der sie über das Ausbleiben jeglicher Kostenerstattung aus Oberschlesien klagt. Darauf ist noch keine Antwort eingegangen, obwohl um schnelle Erledigung gebeten wurde.

Einstellung eines Verfahrens gegen einen „Kriegsverbrecher“.

Leipzig, 31. Mai. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird das Verfahren gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann, der wegen Verletzung des „Hospitalitäts“-Vertrages angeklagt ist, eingestellt werden, da die Voruntersuchung die vollständige Unschuld des Angeklagten ergeben hat.

Energetische Note Englands.

Paris, 31. Mai. Wie „Deuvre“ versichert, ist die letzte englische Note zur ober-schlesischen Frage in einem dringenden, sehr energetischen Ton gehalten.

London, 31. Mai. Reuter erklärt: In maßgebenden britischen Kreisen ist man der Ansicht, das der letzte Vorschlag über die Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission nicht den Kern der ober-schlesischen Frage treffe. Es handle sich darum, zu beschließen, welches Land das zentralober-schlesische Wirtschaftsgebiet erhalten soll. Die englische Regierung sei nach wie vor der festen Ansicht, das der Oberste Rat so schnell wie möglich zusammentreten soll.

Berlin, 31. Mai. Das Verzeichnis der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen ist gestern der Verbandskontrollkommission überreicht worden.

Berlin, 31. Mai. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Mietzinsbildung behält die Zwangswirtschaft bei. Preissteigerungen sollen nur insoweit zugelassen werden, als sie durch die Steigerung der für das Haus aufzuwendenden Ausgaben notwendig geworden sind. Der Entwurf hat aber davon abgesehen, die Zahlung der sogenannten gesetzlichen Miete grundsätzlich zwingend vorzuschreiben, d. h. zu bestimmen, das von einem gewissen Zeitpunkt die gesetzliche Miete ohne weiteres an die Stelle des vereinbarten, vom Einigungsamt festgesetzten oder nach landesrechtlichen Bestimmungen berechtigten Mietzinses treten soll und das abweichende Vereinbarungen der Beteiligten keine Gültigkeit haben.

Berlin, 31. Mai. In den Samstagen der Monate Juni, Juli und August wird die Berliner Börse geschlossen bleiben.

München, 31. Mai. Im Landtag gab Abg. Stang (B. Volksp.) die Erklärung ab, das die Koalitionsparteien der Regierung ihr Vertrauen aussprechen und die Ueberzeugung haben, das sie zielicher den Weg gehen werde, der durch die Lebensinteressen des Reichs und Bayerns vorgezeichnet ist. Abg. Timm (Soz.) sagte, die Erklärung des Ministerpräsidenten sei widerspruchsvoll und unvollständig, weil sie der Reichsregierung die Verantwortung für die Auflösung der Einwohnerwehren zuschiebe. Abg. Neuberger (Komm.) und Barezis (Unabh.) erklärten, sie haben zur Regierung kein Vertrauen. Ministerpräsident v. Nahr stellt gegenüber einer Behauptung des Abg. Barezis fest, die bayerische Regierung habe niemals Sonderverhandlungen mit Privationen des Verbands wegen der Einwohnerwehr geführt; alle Schritte seien im Einvernehmen mit der Reichsregierung unternommen worden.

London, 31. Mai. Die „Times“ meldet: Der russische Gesandte in Teheran hat gegen die Anwesenheit britischer Offiziere bei den persischen Truppen Einspruch erhoben, die in der Umgebung von Resht vorgehen, sowie gegen die Neuorganisation der Truppen durch diese Offiziere.

Ein britisches Geschwader ist nach Cypern, Smyrna und Konstantinopel abgegangen.

Württemberg.

Stuttgart, 31. Mai. (Vom Landtag.) Dem Landtag ist ein erster Nachtrag zum Staatshaushaltsplan zugegangen, der 223.000 M. anfordert zur Ueberleitung der Strafregisterführung von den Gemeindebehörden auf die Staatsanwaltschaften. In diesen Ausgaben sind 6 planmäßige Stellen bei der Staatsanwaltschaft in Ulm und Stuttgart inbegriffen.

In einer Abend-sitzung behandelte der Finanzausschuß nochmals vertraulich die Medar Kanalfrage.

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Pletten.

(Nachdruck verboten.)

Der Semmelblonde machte seine Aufwartung bei der Baronesse und wurde äußerst liebevoll empfangen. Der Hochzeitstermin wurde ebenfalls für den Mai festgesetzt und nachdem diese Formalien erledigt waren, gaben sich die beiden Verlobten dem ganzen Glücke der Liebe hin. „Und nun, Freund“, so schloß die Baronesse Antoinette von Clairville, „schlage ich Ihnen vor, den heutigen Tag durch ein großes Fest im „Hotel de l'Europe“ zu feiern, wozu wir die Tafelrunde laden!“

„Durchaus einverstanden. Ausgezeichnete Idee!“ „Ja selbst gestattete mir bereits, alle Bestellungen zu machen. Es fehlt nur eine Kleinigkeit,“ fügte die Baronesse mit lächelndem Munde bei.

„Nun?“

„Meine Rente ist erst in drei Monaten fällig, und augenblicklich...“

„Ich verstehe, Geliebte, natürlich steht Dir meine ganze Barschaft zur Verfügung.“

„D, ich bin nicht so grausam, Dich ganz auszuplündern, es ist mir schon peinlich genug, Dich um eine einzige Tausend Mark-Banknote angehen zu müssen. Aber Du selbst bist ja auch schuld an meiner Verlegenheit, Schatz,“ sagte sie mit zärtlichem Augenaufschlag, „wie kommst Du mich so überraschen, mir einen Antrag machen, gerade in diesem Moment?“

„Nun kein Wort mehr, Goldste, ich gehe, Dir das nötige von einem Bankier zu besorgen, und dann telegraphiere ich sofort an meine Eltern. Lebe wohl! Auf baldiges Wiedersehen!“

Da klopfte es.

„Herein!“ ruft die Baronesse.

„Kosalia ist es.“ „Gnädige Frau, ein Herr forderte dringend Einlaß.“

„Nun, hast Du ihm nicht gesagt, ich sei nicht zu sprechen, nicht zu Hause, oder was immer?“

„D ja, aber er läßt sich nicht abweisen. Er müsse die Frau Baronin sprechen.“

„Sage ihm, ich sei durchaus verhindert, ihn zu empfangen. Sehe einer sich die Zudringlichkeit solcher Menschen an! Ganz gewiß einer, der mich anbeteln will!“

Kosalia lehnte zurück, alle Farbe war aus ihrem Antlitz gewichen. „Der Herr verlangt nochmals Einlaß, und zwar im Namen des Geseges, wie er sagte.“

Nun zuckte die Baronesse leicht zusammen. Allein bald hatte sie ihre Ruhe wieder gewonnen. „Das ihn eintreten, wahrscheinlich ist er an die falsche Adresse gewiesen.“

„Soll ich mich zurückziehen, Antoinette?“

„Nein, bleibe, Kurt, man kann nicht wissen, ob Du mir nicht einen Dienst erweisen kannst.“

Kurt trat ans Fenster und „drinnen“ steht ein geschlossener Wagen, und zwei Polizisten sitzen darin“, rief er.

Bevor aber die Baronesse Antoinette von Clairville antworten konnte, war der Besuch bereits eingetreten — ein schwarzgekleideter Mann in mittleren Jahren, mit etwas stehenden Augen und sehr strengen Zügen.

„Ich habe die Ehre, Frau Müller zu sprechen?“

Die Baronesse prallte förmlich zurück vor dem Namen.

„Bitte, mein Herr, Sie sehen hier Baronesse Antoinette von Clairville vor sich,“ mischte sich Kurt von Remagen ein.

„Oder Lucie de Dubigny, oder Claire de Hautcour, oder Suzanne de Brialmont, oder Charlotte de Bonrepos — ganz nach Belieben, in Wirklichkeit Josephine Müller aus Straßburg. Im Namen des Geseges erkläre ich Sie für verhaftet!“

„Mein Herr...“

„Bitte, nur keine Umstände gemacht, Frau Müller!“

„Aber ich werde es nicht gestatten, das man meine

verlobte Braut, meine künftige Gattin, hier in meiner Gegenwart...“

„Also auch Sie, mein Herr, sind ihr ins Garn gegangen, haben ihr vielleicht schon Hunderte oder Tausende geopfert? Sehen Sie hier die Photographie!“

Der Kriminalbeamte entnahm seinem Portefeuille eine Photographie und zeigte sie ihm. Es war unverkennbar Antoinette von Clairville. „Sie sehen, das ich mich nicht getrennt. Wir sind der sauberen Baronesse schon lange auf der Spur. Von Stadt zu Stadt zieht sie, eine Hochaplerin ersten Ranges, führt überall ein großes Haus und fängt reiche, leichtsinnige junge Leute, verlobt sich mit ihnen und nimmt ihnen in der harmlosesten Weise ihr Geld ab. So, und nun werden Sie mich wohl meines Amtes walten lassen.“

„Was sagt Du dazu, Antoinette?“ war des verblühten jungen Mannes einzige Frage.

Antoinette aber, die sich durch ihr Erschrecken bei der Anrede „Frau Müller“ verraten hatte, stand auf, gefüllt in Tränen da. „Alles Buge, alles Irrtum, alles Verwechslung,“ schrie sie, „und ich gehe nicht ins Gefängnis. Kurt, lieber, süßer Kurt, verteidige mich!“

„Ein Irrtum ist völlig ausgeschlossen, mein Herr,“ sagte der Kriminalbeamte zu Kurt von Remagen.

„Ihnen aber, Frau Müller, rate ich, sofort Hut und Mantel zu nehmen und mir zu folgen. Das Ins-Gefängnis-Gehen soll Ihnen erspart werden, wir werden Sie dahin fahren. Also bitte, rasch! Sie entschuldigen, mein Herr. Aber danken Sie Gott, das die Neze dieses Weibes rechtzeitig zerrissen sind.“

Kurt stand wie versteinert da. Er keß nun alles gesehen, und auch die Baronesse sah ein, das nun nichts mehr zu machen sei, schluchzend und wehlagend tat sie, was ihr geheißen, und bald fuhr sie durch die Straßen der Stadt, statt zum Verlobungsdiner in das „Hotel de l'Europe“ nach dem Gerichtsgelängnis.

(Fortf. folgt.)

Der Ausschuss nahm einen Antrag Bruckmann-Kell-
Küche an, der württ. Staat solle in Verbindung mit
den Amtspräsidenten und Gemeinden und unter Be-
teiligung der Wirtschaft, Industrie und der geänderten Al-
tungsvereine zum Bau des Neckarkanals und zur Ausnützung der sich hierbei ergebenden Wasserkraft
als Aktionär beitreten. Der Ausschuss geht da-
bei von der Voraussetzung aus, daß im Aufsichtsrat der
N.-G. die öffentlichen rechtlichen Körperschaften die Mehr-
heit haben, daß den Ländern Württemberg, Baden und
Hessen ein ihren finanziellen Lasten entsprechender Ein-
fluß gesichert wird und daß die Arbeitervereine Würt-
tembergs im Aufsichtsrat die gebührende Vertretung er-
hält. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Rich-
ten und unter Enthaltung der Unabhängigen angenom-
men. Abg. Ströbel (S.B.) beantragte, hinter dem
Wort „Arbeitervereine“ einzufügen: „Industrie, Landwirt-
schaft und Gewerbe“. Annahme fand auch ein Antrag
Hauser (Zentr.): Die Eingabe des Deutschen Metall-
arbeiterverbandes betreffend den Neckarkanal in dem Sinne
zur Berücksichtigung zu überweisen, daß auf eine ent-
sprechende Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer
im Aufsichtsrat hingewiesen wird.

Stuttgart, 31. Mai. (Württ. Kriegerbund.)
Am letzten Sonntag fand hier im Saal des Bürger-
museums die Frühjahrsversammlung des Gesamtpräsidiums des
Württ. Kriegerbunds statt. Die Versammlung leitete
General der Infanterie v. Gerol. Der Bund hat im
vergangenen Jahr 135 185 Mark für Wohlfahrtszwecke
verausgabt, und zwar zum größten Teil in Form von
Unterstützungen an hilfsbedürftige Mitglieder und deren
Hinterbliebenen. Die von den Vereinen an den Bund
bezahlten Jahresbeiträge betragen nur 52 375 Mk. Es
ist ihm dies durch Stiftungen ermöglicht und namentlich
auch dadurch, daß seine Verwaltung fast durchweg ehren-
amtlich geführt wird. Ueber die drei Kriegserholungs-
heime des Württ. Kriegerbunds in Herrenau, in Heilig-
kreuztal bei Niedlingen und in Nibernal bei Rottenburg
fanden längere Erörterungen statt. Es konnte festgestellt
werden, daß der Bund im Verein mit der obersten Spitze
der deutschen Landeskriegerverbände, dem Ruffhauferbund
in Berlin, eine große Anzahl schöner Erfolge auf dem
Gebiet der Fürsorge erzielt hat.

Regimentsfeier. In der Lieberhalle hielt das
Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 27 am Sonntag seinen
Regimentsstag, dem auch der frühere Divisionskom-
mandeur, Generalleutnant v. Stein, anwohnte. Bei der
Gedächtnisfeier in der Garnisonkirche wurde der Toten
gedacht. Die Festrede in der Lieberhalle hielt Ober-
leutnant Reiniger, der an die Sonne- und Arraschlacht
erinnerte, in der das Regiment seine Anerkennung bestand.
Ernst General v. Stein sprach Worte der Anerkennung an
die alten Artilleristen.

Sternwarte. Neben der Aussichtsplatte auf der
Hlandshöhe wurde ein massiver Aussichtsturm durch den
Verein Schwäb. Volkssternwarte erbaut. Die Beobach-
tungsanstalt wird ihrer Vollendung entgegengeführt.

Vom Landestheater. Die Abreise einiger
Blätter, Intendant Lehmann, der mit Beginn der laufen-
den Spielzeit 1920 die Oberleitung des Landestheaters
übernahm, werde Stuttgart demnächst wieder verlassen, ist
nach einer Mitteilung von zuständiger Stelle nicht zu-
treffend. Der Intendant hat allerdings einen sehr vor-
teilhaften Ruf an das Stadttheater in Basel erhalten,
er ist indessen noch durch mehrjährigen Vertrag dem
Württ. Landestheater verpflichtet.

Schwäb. Hüttenwerke. Die Gründung der
Schwäb. Hüttenwerke G. m. b. H. zwischen dem Württ.
Finanzministerium und der Gutehoffnungshütte in Ober-
hausen wurde am 21. Mai vollzogen. In die Ge-
schäftsführung wurden berufen: Präsident v. Kösch,
Regierungsrat Schöffel und Bergrat Voeth, sämtlich
in Stuttgart. Am dem Stammkapital der Gesellschaft
mit 10 Millionen Mark sind beide Gesellschaften je zur
Hälfte beteiligt.

Nachschilfe. Die Arbeiter der Firma Hau-
eisen haben den Erwerblosen Stuttgarts 5000 Mk. Ueber-
sundener zur Verteilung überwiehen.

Schramberg, 31. Mai. (Epende.) Graf Cajetan
v. Bissingen hat aus Anlaß seiner am 4. Juni
in München stattfindenden Vermählung der Stadt
Schramberg 3000 Mark übergeben, die hauptsächlich zur
Unterstützung eingesehener bedürftiger Familien verwendet
werden sollen.

Havensburg, 31. Mai. (Biehmarkt.) Der Bieh-
markt war mit 110 Stück besetzt. In Schlachtwie-
hing der Handel flau, etwas besser in Jungvieh. Auf-
gestellt waren 1 Ferkel, 5 Ochsen, 27 Kühe, 28 Kalben,
16 Rinder, 3 Kälber. Der Schweinemarkt hatte sehr rege
Zufuhr und flauen Handel zu verzeichnen. Für Ferkel
wurden 280-400 Mk., für Läufer 500-600 Mk. be-
zahlt.

Friedrichshafen, 31. Mai. (Ueberfahren.) Von
einem aus Lindau hier ankommenden Personenzug wurde
bei der Achbrücke zwischen Friedrichshafen und Crislich
ein Mann überfahren und sofort getötet. Der Verun-
fallte wurde als ein 62 Jahre alter Holzhandsarbeiter
von hier festgestellt. Man vermutet, daß sich der Mann
aus Lebensüberdruß selbst auf die Schienen gelegt hat.

Stuttgart, 31. Mai. (Schlachtwiehmärkte) dem Dienst-
tagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt:
108 Ochsen, 25 Bullen, 200 Jungbullen, 195 Jungkinder, 512
Kühe, 427 Kälber, 401 Schweine. Für 1 Str. Lebendgewicht
wurden erzielt: Ochsen erste Qualität 670-730, zweite 480
bis 610, Bullen erste 550-600, zweite 450-510, Jungkinder
erste 670-730, zweite 580-630, dritte 450-500, Kühe erste
520-630, zweite 380-430, dritte 290-330, Kälber erste 750
bis 820, zweite 670-730, dritte 600-650, Schweine erste 1050
bis 1100, zweite 1000-1050, dritte 900-980 Mk. Verkauf
des Marktes: mäßig belebt.

Baden.

Karlsruhe, 31. Mai. Auf dem Festplatz im Schüt-
zenhaus wurde durch eine Schaufel des Kettenkarussells
der Draht der elektrischen Stromleitung abgerissen. Eine
dadurch abströmende Hochspannung traf einen 12 Jahre al-
ten Knaben so unglücklich auf den Hinterkopf, daß er
bewußtlos umfiel und bald darauf starb.

Karlsruhe, 31. Mai. Die neue evangelische
Landessynode wird am 14. Juni zu ihrer ersten
Tagung zusammentreten. Die Synode wird in erster
Linie sich mit Finanzfragen zu beschäftigen haben, nam-
entlich mit der Anpassung des Besoldungswesens der
Geistlichen an die Beamtenbesoldung und der Ruhege-
hälter an die staatliche Hinterbliebenenversorgung. Der
Landessynode wird voraussichtlich auch der Kirchenvor-
anschlag für 1921 vorgelegt werden.

Die Schülerzahl in den hiesigen höheren Schulen
hat sich durchgängig um 20-25 Prozent gegen das
Vorjahr vermehrt.

Pforzheim, 31. Mai. Hier fand die ordentliche
Tagung des Verbands bad. Grund- und Haus-
besitzervereine statt. Der Vorsitzende von Au-
mannheim wandte sich gegen den neuen Ertragssteuer-
gesetzentwurf, in dem man wieder eine Art Vermögens-
steuer schaffen wollte. Die Steuererträge seien viel zu hoch.
Stadtrat Humar-München sprach über Organisation
und Aufgaben der Hausbesitzer und übte scharfe Kritik
an den Mieteintungsämtern und Wohnungsämtern. Ar-
chitekt Wille-Karlsruhe sprach über das Reichsmiet-
gesetz, das er entschieden ablehnt. Die Zwangswirtschaft
erschide die notwendige Bautätigkeit. In einer Ent-
scheidung verwahrt sich der Verband gegen die geplante
übermäßige Belastung des Hausbesitzes durch die neuen
Grundsteuern und fordert: Ermäßigung der Steuerfüße,
Verzichtung der Schulden, Berechnung der Steuern
nach dem Ertrag, Ablehnung der rückwirkenden Steuer-
erhebung, Umlegung sämtlicher öffentlichen Lasten des
Hausbesitzes auf alle Inhaber der Mieträume.

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Badi-
schen Sängerbunds findet am 11. September hier
statt.

Pforzheim, 31. Mai. Am Samstag nachmittag mußte,
wie der „Pforzheimer Anzeiger“ berichtet, ein Flug-
zeug der Luftpost Paris-Prag auf dem Rückflug nach
Paris wegen Gewitterregens eine Notlandung vor-
nehmen. Beim Landen stürzte das Flugzeug einen jun-
gen Obstbaum ab. Dabei wurden die Tragflächen des
Flugzeugs beschädigt und der Propeller zerplittert. Die
Insassen blieben unverletzt, sie setzten ihre Reise mit dem
Abendschnellzug nach Paris fort.

Neuenburg a. Rhein, 31. Mai. Das Dekonomie-
gebäude und die Scheuer des Gärtners Kuhny und die
beiden Scheuern der Landwirte Michael Saumann und
Adam Kappeler sind in der Nacht zum Sonntag nie-
dergebrannt. Fast alle Fahrnis, ferner drei Zie-
gen und 30 Hühner sind mitverbrannt.

Freiburg, 31. Mai. Der Verband der badischen
Buchbindermeister hielt hier seinen Verbandstag
ab. Der Landesverband zählt 327 Mitglieder. Die Be-
sprechung über die Lehrentgeltfreiheit an den
Schulen und die hieraus entstehenden Nachteile für den
Gewerbetreibenden mit offenem Ladengeschäft war sehr
lebhaft. Die Versammlung sprach sich gegen den Ab-
schluß von Tarifverträgen mit Lehrlingen aus. Bei
der Vorstandswahl wurde der bisherige Vor-
sitzende wiedergewählt. Die nächste Hauptversammlung
soll in Heidelberg stattfinden.

Hörsbuzen, 31. Mai. Die „Mannheimer Volks-
stimme“ berichtet, die Sicherheitspolizei, die hier nach
versteckten Waffen suchte, habe in einer Kapelle
über 100 Gewehre gefunden.

Buchen, 31. Mai. Hier wurde eine Oberräuber
Milchverwertungs-gesellschaft gegründet,
die im Verein mit der Stadt Mannheim eine Milch-
zentrale errichten soll.

Aus der Erbenau, 31. Mai. Dank dem aberaus
günstigen Wochewetter haben sich in den Weinbergen
die Frostschäden da und dort zum Teil wieder ausgeglichen,
so daß die Aussichten im allgemeinen nicht mehr
so ungünstig sind. Die Feldfrüchte stehen befriedigend.

Offenburg, 31. Mai. Das Bad Antogast wurde
am Sonntag seiner neuen Bestimmung als Erholungs-
heim der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Mannheim
übergeben. Das Heim kann 120 Insassen beherbergen.
Der Kaufpreis, den die Kasse dafür bezahlte, betrug
260 000 Mk., die Kosten des Umbaus beliefen sich auf
2 1/2 Millionen Mark.

Mutmaßliches Wetter.

Im Nordwesten steht ein Luftwirbel, der günstig wirkt,
da im Süden Hochdruck vorhanden ist. Am Donnerstag
und Freitag ist warmes, aber gewitterhaftes Wetter
zu erwarten.

Lozales.

— **Preise für Milch und Milchzeugnisse.** Von
zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß in Würt-
temberg nicht nur sämtliche landwirtschaftliche Vereini-
gungen, sondern auch die Molkereien und Käsereien und
der Butter- und Käse-Großhandel ausdrücklich anerkannt
haben, daß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Gesamt-
lage die auf 1. Juni d. J. eintretende Voderung in der
Milchgewirtschaftung nicht zu Preissteigerungen
benutzt werden darf. Es sollen daher nach den ab-
gegebenen Erklärungen nicht nur die Milchlieferungs-
verträge zu den bisherigen Preisen abgeschlossen werden,
sondern es sollen auch die Verarbeitungsbetriebe sich
streng an die gegenwertigen Milchpreise halten und von
jeder Erhöhung der derzeitigen Butter- und Käsepreise
absehen. Deshalb gelten auch nach dem 1. Juni d. J.
die gegenwertigen Preise als Marktpreise. Die zustän-
digen Stellen sind angewiesen, bei Forderung und Ge-
währung höherer Preise für Milch- und Milchzeugnisse
als der bisherigen auf Grund der Verordnung über
Preisstreikerei vom 8. Mai 1918 einzuschreiten.

— **Vorbereitungsdienst für Gerichtsvollzieher-
Anwärter.** Das württ. Justizministerium beschließt,
hinter einen Vorbereitungsdienst für Gerichtsvollzieher-
Anwärter einzurichten. Es ist eine Neuerung geplant
durch Einschreibung eines 2monatigen theoretischen Kur-
ses, zu dem alle Anwärter in Stuttgart vereint werden
sollen. Der Vorbereitungsdienst soll nicht über 6 Monate
hinausgehen. Zugelassen werden 30 Anwärter, davon die

Hälfte Militäranwärter und zwei Behtel solche Angehö-
rige des Landjägerkorps oder Strafanstaltsdienstes, die
Inhaber des Zivilberufungsscheins D sind.

— **Gegen die hohen Fahrpreise.** Der Reichsbür-
gererrat hat, nachdem sämtliche Versuche, eine Aenderung
der neuen Personenzugsgebühren zu veranlassen, gescheitert
sind, dem Reichsenzugsabministrator einen Vorschlag un-
terbreitet, in dem aus sozialen Gründen eine Revision
der Fahrpreise für Kinder gefordert wird. Der Reichs-
bürgererrat bittet, in Erwägungen darüber einzutreten,
ob nicht in der 2., 3. und 4. Klasse den Kindern
bis zum vollendeten 6. Lebensjahr freie Fahrt und
bis zum vollendeten 14. Lebensjahr die Fahrt zum
halben Preis gewährt werden kann. Die Forderung
wird damit begründet, daß die dringend notwendige Er-
holung der Kinder der Minderbemittelten durch Er-
höhung der Personentaxen am stärksten behindert wird.

— **Die Finanzen des Reichs.** Die Einnahmen
des Reichs aus Steuern, Zöllen, Abgaben und Gebüh-
ren betragen im zweiten Drittel des Monats Mai
1108,06 Millionen Mk. (im ersten Drittel 1708,10); die
Ausgaben beliefen sich in der gleichen Zeit auf 2278,526
Millionen Mk. (2954,27). Zum Ausgleich war die Auf-
nahme neuer schwebender Schulden im Betrag von 1154
Mill. Mk. (1243) erforderlich. Die schwebende Schuld
beläuft sich insgesamt auf 175 041,35 Millionen Mk.

— **Billigeres Schweinefleisch in Sicht?** Gelegen-
lich des Mannheimer Marktes wies der Direktor des
dortigen Schlachthofs auf die Ueberlegenheit der freien
Wirtschaft über die Zwangswirtschaft hin. Sie habe
sich im Viehhandel und im Metzgergewerbe glatt er-
wiesen. Im Reich rechne man jetzt auf den Kopf der
Bevölkerung etwa 26 Kilogramm Fleisch im Jahres-
durchschnitt; in Friedenszeiten war es allerdings das
Doppelte. Diese Zeiten werden jedoch nicht so bald
wiederkommen; immerhin sei eine erfreuliche Besserung
unserer Fleischversorgung festzustellen. Der Preissturz,
der bei Rindvieh seit Anfang Februar eingetreten ist,
werde auch bei den Schweinen spätestens vom Juli ab
eintreten, wenn die Maisernte nicht ins Stocken gerate.

— **Die neue Reichspostflagge.** Am 1. Juli 1921
tritt die neue Verordnung über die Führung der Reichs-
postflaggen in Kraft. Der Reichspostminister hat den Ober-
postdirektionen schon jetzt Richtlinien für eine Aende-
rung der vorhandenen Flaggen, die übrigens noch bis
zum 1. Januar 1922 gefahren werden dürfen, gegeben.
Hiernach hat die neue Reichspostflagge die Querstreifen
wie die Nationalflagge (oben schwarz, in der Mitte rot,
unten goldgelb). In der Mitte des um ein Fünftel
breiteren roten Streifens befindet sich ein gelbes Post-
horn mit gelber Schnur und zwei gelben Quasten, das
Mundstück nach der Stange gewendet. Das Verhältnis
der Höhe zur Länge des Flaggenstücks ist 2 zu 3.

— **Der Wert der Mark in Pfennigen** am 31.
Mai: In Holland 7,8, Belgien 15,6, Norwegen 11,7,
Dänemark 10,1, Schweden 7,8, Italien 24,5, England
8,4, Amerika 6,8, Frankreich 15,6, Schweiz 7,4, Span-
ien 9,9.

Vermischtes.

Das große Los. Der Haupttreffer von 500 000 Mark der
Preuß. lödd. Klassenlotterie ist auf das Los Nr. 1145 der erst
im letzten halben Jahr in Karlsruhe erzielten Lotteriereich-
merlei des früheren Bürgermeisters von Weinhelm Dr. Wett-
stein gefallen. Die Gewinnerin ist eine Loosgesellschaft in
Mannheim.

Blitzschlag. In Bernau (bad. W. St. Blaffen, am Feld-
berg) suchten bei einem Gewitter mehrere Schafe und Ziegen
Schutz unter einer Tanne. Der Blitz schlug in den Baum und
tötete 31 Ziegen und 3 Schafe.

Autounfall. Auf dem Weg von Mannheim nach Weim-
heim prallte ein Auto gegen eine Brücke und überschlug sich.
Der Fahrer des Wagens wurde auf der Stelle getötet.

Vermischt. Seit Fronleichnam werden in Offenbach a. M.
drei junge Männer vermisst, die sich angeblich zur Prozedion
geben wollten. Man glaubt, daß sie Werbem der Fremden-
legion ins Garn geraten sind.

Vilberdiebstahl. In Wiesbaden wurde aus einer Fremd-
wohnung ein Gemälde von Rubens im Werte von 200 000 Mk.
gestohlen, welches die Anbetung der Heiligen drei Könige dar-
stellt. Als Täter kommen drei junge Leute in Betracht, die sich
als Heidelberger Studenten ausgaben.

Eisenbahnleide. Von der Straßammer in Koblenz wurden
ein Oberschaffner, ein Schaffner und vier Hilfschaffner wegen
Vererbung von Eisenbahnverträgen zu 7, bzw. 8 Monaten Ge-
fängnis verurteilt. Die Angeklagten waren bereits 15-20 Jahre
im Dienst.

Verhaftung. Unter dem dringenden Verdacht, den Mord an
der Witwe Emilie Mill und deren Tochter, der Lehrerin Jenny
Mill, in einem Abteil zweiter Klasse des Zugs Mannheim-
Mannheim verübt zu haben, wurde in Königsberg der pol-
nische Unternehmer Schipolit verhaftet.

Ueber 100 Millionen fälschlich ungarisches Geld. Die Fälschung
der ungarischen Banknotenstempel hat einen unheimlichen Um-
fang angenommen. Eine Wiener Bank hatte 100 Millionen unga-
rischer Kronen nach Pest geschickt. Dort wurden sie als ge-
fälscht erkannt. Die österreichisch-ungarische Bank erklärte
sich im April bereit, die Noten mit 40 Prozent Abzug umzu-
tauschen. Die Polizei leitete eine Untersuchung ein und konnte
in Pest feststellen, daß ein Reisender mit einem Koffer voll
Banknoten nach Pest unterwegs sei. Bei seiner Anhaltung
stellte es sich heraus, daß der Mann, der sich Deutscher nannte,
8 Millionen ungarischer Kronen bei sich hatte. Da der Mann
vor einiger Zeit verhaftet hatte, 35 Millionen ungarischer Kronen
einzuwechseln, die zum größten Teil falsch gestempelt waren, wurde
er verhaftet. Die Wiener Polizei hat darauf ein ganzes Nest
von Leuten ausgehoben, die falsch gestempelte Noten in Umlauf
setzten. Es wurden u. a. ein gewisser Sahnemann verhaftet,
der während der Herrschaft Bela Kuhns in der Pest die Räte-
regierung eine namhafte Rolle spielte; er lebte dann in Wien
bei Freunden versteckt und war polizeilich nicht gemeldet. Bei
dieser Gesellschaft hatte man mehrere hunderttausend Kronen
beschlagnahmt.

Aus der Heimat.

Wildbad, den 1. Juni.

Aus der Sitzung des Gemeinderats vom 21. Mai 1921.
— **Bekämpfung der Wohnungsnot.** Eine hiesige
Bauunternehmerfirma erklärt sich bereit, auf dem städt.
Grundstück in der Rennbachstraße (untere Hälfte) ein Wohn-
haus für 8 Familien zu erstellen, wenn ihr seitens der
Stadt die gleichen Vergünstigungen, wie sie der Ortsgruppe
der vertriebenen Elb-Lothringer in Aussicht gestellt wur-
den, gewährt werden. Außerdem stellt die Firma das Wohnhaus
Berlangend, daß sich die Stadt verpflichtet, das Wohnhaus
nach seiner Fertigstellung um die Baukosten zuzügl. 10 %

Unternehmergewinn käuflich zu übernehmen. Der Gemeinderat erklärt von vornherein, daß er auf letzteres Ansinnen nicht eingehen werde. Dagegen steht er im Uebrigen dem Gesuch wohlwollend gegenüber. Da die Wohnungsnot trotz der großen Opfer, die die Stadt durch die Schaffung von 52 neuen Wohnungen jetzt schon gebracht hat, auch hier immer noch zunimmt und sich unter den Bauhandwerkern und Bauarbeitern große Arbeitslosigkeit geltend macht, glaubt der Gemeinderat selbst vor noch größeren Geldopfern zur weiteren Bekämpfung der Wohnungsnot nicht zurückzudenken zu sollen. Er erklärt sich deshalb bereit, dem Gesuchsteller und anderen hiesigen Baukünstlern folgende Unterfügungen zu Neubauten zu gewähren: neben den Staatsbeiträgen unentgeltliche Ueberlassung des Bauplatzes, soweit solcher im Besitz der Stadt und für sie entbehrlich ist und Leistung eines Beitrags aus der Stadtkasse im erhöhten Betrage von je 15000 Mk. für eine Wohnungseinheit von 3 Zimmer und 1 Küche und von je 12000 Mk. für eine Wohnungseinheit von 2 Zimmer und 1 Küche. Auf eine Verpflichtung zur künftigen Uebernahme der Häuser nach ihrer Fertigstellung kann sich die Stadtgemeinde nicht einlassen, dagegen behält sie sich das im Beschlusse vom 26. April 1921 festgesetzte Wiederkaufrischt bezügl. der von ihr überlassenen Bauplätze vor. — Straßenbeleuchtung. Mit Rücksicht auf den Kurbetrieb wird die Zahl der im Betrieb zu legenden Straßenlaternen von 35 auf 60 Stück erhöht. Die Anbringung einer elektrischen 500kerzigen Lampe beim Bahnhof zur Beleuchtung des Bahnhofvorplatzes und des Einganges der König-Karlstraße wird genehmigt. — Vergnügungssteuer. Die Vergnügungssteuer für Rund- und Bergnügungsfahrten in Pferde- und Kraftwagen wird auf 10 % des Fahrgeldes mit Wirkung vom 1. Mai ds. Js. an ermäßigt, da die im Gesetz vorgesehene Steuerhöhe von etwa 50 % des Fahrgeldes eine Gefährdung, wenn nicht Unmöglichkeitmachung des ganzen Fahrbetriebs bewirken würde. Die Fuhrhalter und Kraftwagenbesitzer haften für den Einzug und die richtige Ablieferung der Steuer. — Stadt- und Armenarzt. Der mit dem Stadt- und Armenarzt Dr. med. Schwab abgeschlossene

Dienstvertrag, nach welchem seine Belohnung als Stadt-, Armen- und Krankenhausarzt ab 1. Oktober 1920 auf 2500 Mk. festgesetzt wurde, wird genehmigt. — Notstandsarbeiten. Dem Gemeinderat wird eröffnet, daß zu den im Stadtwald Sommerberg ausgeführten 2 Waldwegen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ein Staatsbeitrag von 43303 Mk. bewilligt wurde und zu Wohnungseinbauten in verschiedenen städt. Gebäuden ein solcher von 16000 Mk. — Es folgen verschiedene Verwaltungsangelegenheiten und kleinere Gegenstände.

Das Linden-Kabarett öffnet heute seine Tore. Wie aus dem uns vorliegenden Programm ersichtlich, stehen den Besuchern genüßreiche Stunden in Aussicht. Ein Besuch ist daher jedem, der etwas besonderes liebt, sehr zu empfehlen.

Calmbach, 31. Mai. Am Sonntag fand die Weihe der neuen Glocken hier statt, nachdem dieselben bereits am Freitag hier eintrafen. Sie wurden von der Firma Heinrich Kury-Stuttgart geliefert. Die Kosten beliefen sich auf 50000 Mark. Herrn Fabrikant Gauthier und Herrn Sägewerksbesitzer Keppler stifteten je eine der großen Glocken, während die übrigen Gemeindeglieder die Kosten für die kleine Glocke aufbrachten.

Eisenbahn-Fahrplan

giltig vom 1. Juni bis 30. September 1921.

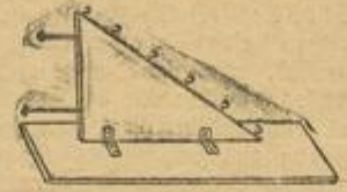
Abfahrt:	Ankunft:
5.08 täglich	7.55 Wertags
5.38 Wertags	8.17 Feiertags
5.48 Sonntags	8.49 täglich
9.22 täglich	1.10 täglich
1.32 täglich	3.27 täglich
4.49 täglich	5.03 Wertags
6.33 täglich	7.15 täglich
7.45 täglich	9.14 täglich
	10.52 täglich

Für solche Inhaber von Wochenarten welche den ganzen Monat hindurch auswärts fahren ist die Lösung von Monatskarten zweckmäßig. Der Fahrpreis stellt sich auf

diese Weise wesentlich billiger; z. B. nach Pforzheim etwa M. 24.00

Ein praktischer Garderobehalter.

Eine wenig Raum in Anspruch nehmende, praktische Garderobe zeigt uns das beigegebene Bild. Bei dem heutigen Wohnungs- bzw. Raumangel müssen alle Räume weit mehr ausgenutzt werden als bisher. Flur und Schlafzimmer sind nicht selten so in Anspruch genommen, daß es an ausreichendem Platz zur Anbringung einer der üblichen Garderoben mangelt. Da tritt nebenstehende Ersatzgarderobe helfend ein. Dieselbe nimmt den denkbar geringsten Platz ein und bietet doch Raum für eine verhältnismäßig große Anzahl von Kleidungsstücken. Je-



dermann ist leicht imstande, sich dieses Möbelstück selbst herzurichten. Ein rechteckiges, dreieckiges Brett von etwa 2 Jtm. Stärke, dessen Länge und Breite nach den jeweiligen Verhältnissen zu bemessen sind, wird mit zwei Scharnieren auf einer in entsprechender Höhe zu wählenden Leiste befestigt, so daß bei Nichtbenutzung der Garderobe diese zur Seite gelegt wird und so in keiner Weise im Wege ist. Die Leiste befestigt man mit Schrauben an der Wand oder Türschwelle. An der schrägen Seite des Dreiecks werden Haken zum Aufhängen der Kleidungsstücke eingeschraubt. In die obere Kante schlägt man einige längere Drahtstücke, die mit einem Knopf (Blech- oder Holzscheibe) versehen werden und zum Aufnehmen von Kopfbedeckungen dienen. Auf der auf dem Bild abgewendeten Seite ist noch einer der üblichen Garderobehalter angebracht, so daß die Garderobe auch bei eingeschlagenem Zustande für einzelne Kleidungsstücke in Gebrauch genommen werden kann.

Mieterverein.

Donnerstag, den 2. Juni 1921, abends 8 Uhr

Bersammlung

im Hotel Maisch.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Mieterbewegung.
 2. Rücktritt des Geschäftsführers und Neuwahl.
- Mieter erscheint vollzählig.

Der Vorstand.

Schuhwaren

verschied. Sorten Leder- und Filz-Stiefel, Hausschuhe :: Sohlen und Flecken mit prima Kernleder Billiger als jede Konkurrenz! Auch nicht bei mir gekaufte Schuhe werden repariert. Fr. Kammerer, Schuhgeschäft, a. d. Bergbahn.

Fußballverein Wildbad.

vereint. Fußball- und Sport-Verein Heute Mittwoch keine Spielfestigung Donnerstag abend präzis 8 Uhr Zusammenkunft v. Spielausschuß im Gasth. zur Rose Der Spielaussch.-Vorst.

LIEDERKRANZ

Heute Abend 8 Uhr Begrüßung von Frau Hortheimer, Maurer, Ww. Der Vorstand.

Gartenmöbel

Tische, Stühle hat zu verkaufen. Schütz, Wildbad Palmengarten.

Günstige Kaufgelegenheit

Ein Schiedmayer-Bianino wenig gespielt, unt. Garantie preiswert zu verkaufen. A. Uebel, Pianolager Pforzheim westl. Karl-Friedr.-Straße 51.

Größeres, unmöbliertes Zimmer

mit Kochgelegenheit von jüngeren ruhigem Ehepaar für dauernd bei guter Bezahlung gesucht. Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbeten.



Heute Eröffnung

mit hochdezentem Familien-Programm. Täglich Beginn 9 Uhr.

Ein tüchtiger, junger Knecht

für sofort gesucht. Arbeitsamt.

Eine Gluckhenne

mit 6 Küden hat zu verkaufen. Wer? sagt die Redaktion.

Acker

zu kaufen gesucht. Schriftl. Off. an die Exp. ds. Bl.

Kluge Frauen

vergewissen nicht bei Regelleitung und Stockung. Lassen Sie sich nicht täuschen durch meist wertlose Präparate. Wenn alles verfehlt, kann nur noch mein erprobtes Spezialmittel helfen, auch in älteren Fällen ohne Berufshörung (Degan, Berlin, ausgereift). Bestimmen Sie mir, einer erfahrenen Frau, wie Sie Ihren selbst, wie lange Sie liegen und auch Sie werden mir dankbar sein. Unschädlich! Garantie! Diätetisch, reiner Bestand! Frau K. in R. schreibt: Sollte schon nach 5 Stunden Erfolg. Fr. W. Meyer, Hamburg 602, Schanzengraben 51.

Verloren

Spazierstock, braun, Reichen- spize Elfenbein, Oberstlin. Rudein, Kuranstalt.

Landes-Kurtheater Wildbad.

Direktion: Steng-Krauß. Mittwoch, 1. Juni „Moral“ Komödie in 3 Akten von Thoma.

Schwarzwaldmädel

Operetteln 3 Akten v. Leon Jessel Freitag, den 3. Juni Neuheit! „Kindertragödie“ Drama in 3 Akten v. Schönherr.

Im weißen Rößl

Lustspiel in 3 Akten

Obacht! Gelddarlehen!

erhalten solvente Leute gegen bequeme Ratenrückzahlung, sowie Hypotheken auf 1. und 2. Stelle. Bau- und Betriebskapital schnell und reell durch Martin Södner, Pasing bei München Aubingerstr. 23/1. Jeder Zuschritt sind 75 Pfg. in Marken beizulegen.

Herren

Stärke-Wäsche liefert in 8-10 Tagen Grosswäscherei Schorpp.

Annahmestelle: Witwe Volz

Wildbad Wilhelmstr. 91.

Grabeinfassungen, Grabsteine,

aus Natur- und Kunststeinen Einlagen mit Verzierungen von Glas, Marmor u. Reliefplatten. Umarbeiten alter Einfassungen und Grabsteine, sowie Lieferung von Wassersteinarnituren samt Plattenbelag, aus Natur- und Kunststeinen liefert zu billigsten Preisen Gustav Schmid Maurer u. Steinhauer.

Letzte amtliche Kurse

(ohne Gewähr) mitgeteilt von der Direkt. d. Diskontogesellschaft Zweigstelle Wildbad.

5% Deutsch-Reichsanleihe	77.55
4% dergl.	76.20
5% I. Deutsche Schatzanw.	—
4% dergl. p. 1. 4. 1924	94.10
Deutsche Sparpr.-Anl. 1918	86.00
4% Preuss. Konz. Anl.	69.90
3 1/2% dergl.	60.90
3% dergl.	55.90
4% Bad. Staats-Anleihe	74.00
3 1/2% dergl.	64. —
4% Württ. Staats-Anleihe	80.50
3 1/2% dergl. v. 1875	93.50
3 1/2% dergl. v. 1879/80	78.50
1885/90	—
3 1/2% dergl. v. 1908 u. ff.	67. —
3% dergl.	65.25
Städt.-Obligat.	—
4% Baden-Baden	—
3 1/2% dergl.	—
4% Darmstadt	80. —
3 1/2% dergl.	—
4% Esslingen	98. —
4% Frankfurt a. M.	98.25
3 1/2% dergl.	—
4% Freiburg i. Br.	80. —
3 1/2% dergl.	76. —
4% Karlsruhe i. Bad.	98. —
3 1/2% dergl.	73. —
4% München	—
4% Pforzheim	—
3 1/2% dergl.	—
4% Stuttgart	98. —
3% dergl.	74. —
4% Ulm a. D.	—
3 1/2% dergl.	—
Pfandbriefe.	—
4% Württ. Hypothekenbk.	99.50
3 1/2% dergl. - verlosbar	89. —
3 1/2% dergl. per 1912/15	87. —
4% Württ. Kreditverein	99.50
3 1/2% dergl. - ganzjährig	98. —
3 1/2% dergl. - halbjährig	87. —
Pfandbriefe.	—
4% Bayer. Hypotheken- u. Wechselbank	106.50
4% Frankf. Hypothekenbk.	98. —
3 1/2% dergl.	86. —
4% Erft. Hypoth.-Creditv.	93.50
3 1/2% dergl.	84. —

Industrie-Obligationen.

4 1/2% Bad. Anilin- u. Sodafab.	115. —
5% Chem. Fabr. Griesheim	—
4 1/2% Allg. Elektr.-Ges.	—
5% D. Uebersee-El.-Ges.	—
4 1/2% Maschinenfabr. Essling	102. —
4 1/2% M. Hohner A.-G.-Obl.	102. —

Aktien.

Darmstädter Bank	181.25
Deutsche Bank	307.50
Disc.-Kommandit Antelle	252. —
Roederer Bank.	224.50
Roemer Bergb.-Gussst.	446. —
Deutsch-Luxemb.-Bergw.	305. —
Gelsenkirchener Bergwerk	317. —
Gelsenkirchener Gussstahl	387. —
Harpener Bergbau	458. —
Mannesmann	693. —
Phoenix Bergbau	698. —
Allg. Elektr.-Ges.	291.50
Bad. Anilin- u. Sodafabr.	529. —
Chem. Fabr. Griesheim	403. —
Daimler Werke	186. —
Maschinenfabrik Esslingen	312. —
Gebr. Junghans	308. —
Magirus	246. —
Siemens u. Halske	287. —
Hamburg-Amerika-Pak.	165. —
Nordd. Lloyd	145. —

Devisen.

Amerika	62.50
England	242.50
Frankreich	519. —
Ulland	2165. —
Schweiz	1098. —

Lebensmittel

Frisch eingetroffen:

Blumenkohl, Spargeln,
Weißkraut, Wirsing, Karotten,
Kohlrabi, Zwiebel, Salat

ferner empfehlen wir unsere

Teigwaren in bekannter Güte

Maccaroni Mk. 7.85
Nudeln „ 7.85
Pasta „ 7.85

Schweineschmalz gar. rein u.
schneeweis Mk. 10.90
feinstes Salatöl Mk. 19.- p. Ltr.

Ochsenmaulsalat
Bienenhonig und Marmelade
offen und in Gläsern.
Lieferungen frei ins Haus.

KAROLINE BENDER & SÖHNE TELEPHON 150

Ein vorzüglic. Hühneraugen-

Mittel ist „CornUA.“ Erhältlich

Empfehle in gediegenen Sortimenten

**Strümpfe, Socken, Söckchen,
Sweater und Sweater-Anzüge,
Trikotagen-Wäsche,
Baby-Artikel, Handarbeiten,
Strick-, Häkel- und Stick-Garne**

in großer Wahl bei

Rudolf Wieser Pforzheim,
Inh.: OTTO VIESER
Telephon 1243 Westl. Karl-Friedrichstr. 16

